

*Beschlüsse zu den Vorlagen;
Wort der Landessynode: „Familie – auch in Zukunft“*

- schaftsverband e.V. (landeskirchliche Gemeinschaftsverbände) andererseits zu.
2. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung kann der Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses entsprechende Vereinbarungen mit anderen landeskirchlichen Gemeinschaftsverbänden treffen.
 3. Über das Fortbestehen der Vereinbarung entscheidet der Landeskirchenrat im Einvernehmen mit dem Landessynodalausschuss.
 4. Der Landeskirchenrat wird gebeten, vier Jahre nach Abschluss der Vereinbarung der Landessynode einen Bericht über die Erfahrungen vorzulegen.

Zur Vereinbarung werden folgende Änderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen:

- In Art. 3 Abs. 4 Satz 1 wird ergänzt: „Anderere hauptberufliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landeskirchlichen Gemeinschaften können nach Maßgabe des Prädikantengesetzes zum Dienst ... beauftragt werden, wenn ...“.
- Art. 5 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt ergänzt: „... Das Landeskirchenamt stellt dafür ein mit den landeskirchlichen Gemeinschaftsverbänden im Benehmen mit dem Landessynodalausschuss erarbeitetes Muster zur Verfügung ...“
- Art. 5 Abs. 4 wird im Wortlaut wie folgt verändert: (4) Die Prediger und Predigerinnen der landeskirchlichen Gemeinschaften sollen bei Dienstantritt ...“
- Art. 10 (Inkrafttreten und Geltungsdauer) erhält folgenden Wortlaut:
Diese Vereinbarung tritt am 1. Mai 2000 in Kraft. Sie gilt zunächst für fünf Jahre und verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern die Vereinbarung nicht von einer Seite bis zum 31. Januar des laufenden Jahres gekündigt wird.

8 (LS Weiden) **Archivgesetz** – diese Vorlage wurde in die LS Weiden eingebracht; Beschlussfassung erfolgte entsprechend Vorlage mit den Änderungen des Deckblattes (s. S. 201 f.).

9 (LS Weiden) **Zustimmungsgesetz zum Solzialsekretärsgesetz** – diese Vorlage wurde in die LS Weiden eingebracht; Beschlussfassung erfolgte entsprechend Deckblatt (s. S. 202), wobei das Inkrafttreten auf den 1. Mai 2000 festgelegt wurde.

Beschlüsse/Erklärungen u. ä.

Familie – auch in Zukunft

Wort der Landessynode
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Bad Alexandersbad
vom 27.3.2000

Grundsätzliches

Notwendiger gesellschaftlicher Diskurs

Familie als Verwirklichung Generationen übergreifender Solidarität

Menschenwürde und Würde der Familie
Familienformen und Familienleitbild
Christliche Verantwortung für die Kinder

Anregungen und Forderungen

- I Familie gestaltet die gemeinsame Zukunft unserer Gesellschaft
Wir wenden uns an den Staat und die Gesellschaft
- II Familie gestaltet die Zukunft unseres Sozialstaates
Wir wenden uns an Politik und Gesetzgebung
- III Familie gestaltet die Zukunft der Arbeits- und Lebenswelt
Wir wenden uns an Staat, Wirtschaft und Kommunen
- IV Familie gestaltet die Zukunft von Bildung und Kommunikation
Wir wenden uns an die Familienberatung und die Bildungseinrichtungen
- V Familie gestaltet die Zukunft von Kirche
Wir wenden uns an Kirche, Gemeinde und Diakonie

Unser Dank

Grundsätzliches

Notwendiger gesellschaftlicher Diskurs

Die Landessynode hält es für geboten, sich angesichts weitreichender gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Veränderungen mit der Rolle der Familie in unserer Gesellschaft zu befassen. Als evangelische Christen und Christinnen stellen wir uns damit der Aufgabe, in dem gesellschaftlichen Diskurs über die Familie zur Wertorientierung beizutragen. Anders als noch vor fünfzig Jahren wird heute unter dem Begriff „Familie“ vielfach nicht mehr ein und dasselbe verstanden. **Familie lebt heutzutage in vielen Formen.** Sie muss im Spannungsfeld ihrer Tradition, ihrer Herausforderungen in der Gegenwart und ihrer Lebensfähigkeit in der Zukunft betrachtet werden, ohne dass dabei ihre unveräußerliche Würde aufgegeben wird.

Familie als Verwirklichung Generationen übergreifender Solidarität

Die Generationen übergreifende Solidarität und die Gleichberechtigung der Geschlechter sind für uns zentrale Bestandteile unseres Familienverständnisses. Familie so verstanden ist also überall dort, wo **Eltern Verantwortung für ihre Kinder** übernehmen und diese in Liebe und Verlässlichkeit aufwachsen können. Familie ist umgekehrt auch der Ort, an dem **Kinder Verantwortung für ihre Eltern** tragen. Mit der Übernahme der Elternschaft und der Annahme von Kindern als Gabe Gottes stellen sich viele Menschen dieser Aufgabe. Wir unterstützen alle Mütter und Väter in ihren Bemühungen, Kinder in einer gesicherten, verlässlichen und liebevollen Beziehung aufwachsen zu lassen, in der sie Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein erleben und erlangen können. In dem Grundsatz der Generationen übergreifenden Verantwortung in der Familie wissen wir uns mit Menschen verschiedener Religionen und Kulturen verbunden.

Dabei beziehen wir ausdrücklich auch die bei uns lebenden Ausländerfamilien mit ein.

Menschenwürde und Würde der Familie

Die Würde der Familie ergibt sich daraus, dass sie der primäre Ort ist, an dem ihre Mitglieder die unveräußerliche Würde des Menschen als einmaliges und unverwechselbares, von Gott gewolltes und geliebtes Geschöpf erfahren können.

Darum gelten die Menschenrechte selbstverständlich und vordringlich auch innerhalb der Familie: insbesondere der **Schutz des Lebens** und die Ablehnung physischer und psychischer Gewalt. Lebensschutz beginnt bereits beim ungeborenen Leben, schließt ein familiäres Leben mit Behinderungen ebenso ein wie einen würdigen Umgang mit alten und gebrechlichen Familienmitgliedern am Ende ihres Lebens. Selbstverständlich schließt Menschenwürde die **Gleichberechtigung** von Mann und Frau mit ein.

Wir fühlen uns als Christen und Christinnen Gottes Geboten verpflichtet. Diese Gebote dienen dem menschlichen Zusammenleben. Für gelingendes Zusammenleben in Familien gilt insbesondere das 4. Gebot (2. Mose 20,12), das als einziges mit einer Verheißung endet: „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf dass dir's wohl gehe und du lange lebest auf Erden“ (zitiert nach Luthers Kleinem Katechismus, Evang. Gesangbuch, S. 1554). Dieses Gebot gilt lebenslang. Es konkretisiert sich in jeder Lebensphase anders, in der Kindheit anders als in der Jugendzeit, in den mittleren Lebensjahren anders als im hohen Alter. Immer weist es die Generationen aneinander und dient somit dem gelingenden Leben miteinander. In der Familie, in dem Reichtum ihrer Formen, verwirklicht sich der Wille Gottes, dass es nicht gut ist, dass der Mensch allein sei (1. Mose 2,18).

Freilich steht auch die Familie unter Jesu grundsätzlicher Aussage zu allen institutionellen Formen des Zusammenlebens, dass nicht sie die Güte des Lebens garantieren, sondern dass sie an der Verwirklichung von Menschlichkeit zu messen sind (Mk 2,27). Als Christen und Christinnen sind wir daher aufgerufen, die jeweilige Gestalt von Familie in Jesu Geist, im Geist der Nächstenliebe und Verantwortung, zu gestalten.

Insofern bleibt die Würde der Familie auch im Wandel der Institution erhalten. Diese Würde darf nicht zur Disposition stehen und nicht für politische und ökonomische Zwecke vereinnahmt werden.

Familienformen und Familienleitbild

Die Herausforderungen in der globalen multimedialen Gesellschaft werden immer stärker. Lebenslanges Lernen, Zeitmanagement, Teamfähigkeit und Flexibilität werden uns abverlangt. Ihre Begleiterscheinungen sind häufig Zeitdruck, Wegwerfmentalität, Konkurrenzdenken und Egozentrismus. Oft bleibt die Mitmenschlichkeit auf der Strecke. Wie kann unter diesen Voraussetzungen ein verlässliches und geordnetes Zusammenleben gelingen? Die Pluralisierung der Familienformen ist sicherlich eine Reaktion auf diese Frage. Auf unterschiedliche Weise können familiäre Aufgaben übernommen und verantwortlich gelebt werden. Wir denken dabei vor allem an allein erziehende Frauen und Männer, aber auch an verbindliche Partnerschaften, an Großeltern und Verwandte, die für ihre Angehörigen Verantwortung wahrnehmen, und an diejenigen, die ältere oder behinderte Angehörige pflegen. **Wo immer solches verantwortliches Zusammenleben praktiziert wird, besteht Anspruch auf Schutz und Anerkennung durch die Gesellschaft.** Grund für unsere Orientierung am christlichen **Leitbild Ehe und Familie** sind verlässliche Beziehungen zu Mutter und Vater.

Dieses Leitbild verwirklicht sich für uns am deutlichsten in dem von Liebe und partnerschaftlicher Wertschätzung getragenen, geordneten Zusammenleben von Mann und Frau, das Kindern Liebe und Geborgenheit bietet und damit ein Grundpfeiler der Familie ist.

Christliche Verantwortung für die Kinder

Die Fürsorge für Kinder ist uns Christen und Christinnen besonders ans Herz gelegt. Jesus Christus ruft die Kinder

zu sich. Er sagt: Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf (Mt. 18,5). Gott selbst wendet sich uns Menschen zu und nimmt uns bedingungslos und lebenslang in der Taufe an. Daraus erwächst unsere Verantwortung für christliche Sozialisation und Glaubensvermittlung; die Familie ist der primäre Ort dafür. Aus der Taufe und dem Versprechen, die Kinder christlich zu erziehen, erwächst zugleich die Aufgabe der Kirche, die Erziehenden bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Darüber hinaus werden in der Familie die **Fundamente des gesellschaftlichen Miteinanders** gelegt, sie bietet Beheimatung und Schutz. Auch unter erschwerten Rahmenbedingungen gilt:

Die Familie hat für die Zukunft unserer Kirche und Gesellschaft große Bedeutung, weil sie unser Gemeinwesen prägend mitgestaltet und nachhaltig sichert. Es darf nicht sein, dass familiäres Leben zum sozialen Abstieg und zu gesellschaftlichen Nachteilen führt. Wir erwarten vielmehr von Politik und Gesellschaft, dass sie die **Übernahme familiärer Aufgaben als Bereicherung** und Beitrag zur Zukunftssicherung anerkennen und honorieren. Wir selbst wollen uns daran messen lassen, ob und inwieweit wir als Kirche den oben genannten Grundsätzen und den nachfolgenden Anregungen und Forderungen (s. unten V.) gerecht werden.

Anregungen und Forderungen

I Familie gestaltet die gemeinsame Zukunft unserer Gesellschaft

Familie ist eine lebensbejahende und persönlichkeitsbildende Gemeinschaftsform für alle Schichten unserer Gesellschaft. In ihr können Erfahrungen gesammelt und Verhaltensweisen eingeübt werden, die für jede menschliche Gemeinschaft unverzichtbar sind. Zu Recht stellt das Grundgesetz (GG Art. 6) Ehe und Familie unter seinen besonderen Schutz.

Wir wenden uns an den Staat und die Gesellschaft

Wir wünschen von Staat und Gesellschaft mehr Verständnis und Schutz für die Familie. Wir entnehmen dem Grundgesetz (Art. 6) die Verpflichtung, ein besonders kinder-, alten- und **familienfreundliches Klima** zu schaffen. Dieses ist jedoch weder seitens des Staates noch seitens der Gesellschaft hinreichend erkennbar. Kindergelderhöhung und Besserstellung der Familien im Steuerrecht sind Schritte in die richtige Richtung. Bedeutung, Wert, Würde und Bedürfnisse der Familie müssen noch stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden, z. B. durch das geplante „Forum Familie Bayern“.

Auch mit Blick auf die **materielle Förderung** der Familie besteht immer noch ein krasses Missverhältnis zwischen der gesellschaftlichen Bedeutung von Kindern und dem Umfang der Entlastung der Eltern. Mehrere Kinder zu haben, erhöht das Armutrisiko. Davon sind zunehmend mehr Familien in unserem Lande existenziell bedroht. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligung trifft vor allem Frauen. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die von Sozialhilfe abhängig sind, ist viel zu hoch. Nicht nur Reichtum wird vererbt, sondern auch Armut. Sie kann Lebenschancen der ganzen Familie beeinträchtigen und weist auf Defizite auch in der Familienpolitik hin.

Unzureichend reagieren Staat und Gesellschaft auch auf die Tatsache, dass bei uns immer mehr Menschen immer älter werden und sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Deshalb kommt es künftig noch mehr darauf an, die **Solidarität der Generationen zu fördern** und in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die unterschiedli-

chen Bedürfnisse in den unterschiedlichen Lebensphasen und Familienformen zu schaffen. Familienarmut, Kinderfeindlichkeit und mangelndes Verständnis füreinander können die demokratische und solidarische Kultur in unserem Land beeinträchtigen.

II Familie gestaltet die Zukunft unseres Sozialstaates

Familien leisten für den Fortbestand und die Sozialkultur unseres Gemeinwesens einen Beitrag von unschätzbarem Wert. Frauen und Männer, die sich entscheiden, eine Familie zu gründen oder Generationen übergreifende familiäre Verantwortung zu übernehmen, sichern die Zukunft unseres Landes, unseres Sozialstaates.

Wir wenden uns an Politik und Gesetzgebung

Wir erwarten von Politik und Gesetzgebung bessere ideelle und materielle Rahmenbedingungen für Familien. Der Trend, Familienprobleme in den privaten Bereich abzurängen, muss umgekehrt werden, um Raum für eine präventive Familienpolitik zu schaffen. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Gruppen der Gesellschaft angeht. Deshalb sollten diejenigen, die selbst nicht in einer Familiensituation mit Kindern leben, von Politik und Gesetzgebung darin bestärkt werden, sich angesichts ihrer Freiräume auch für andere einzusetzen.

Es geht auch um die finanzielle Seite: Die Landessynode fordert eine angemessenere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Leistung in der Familienarbeit durch einen verbesserten **Familienleistungsausgleich**. Dabei sind vor allem junge und kinderreiche Familien sowie Alleinerziehende mit geringem Einkommen zu berücksichtigen. Mehr Steuergerechtigkeit für Familien erwarten wir nicht nur durch eine Verbesserung bei der Bemessungsgrundlage der direkten Steuern (Kinderfreibetrag, Existenzminimum etc.), sondern auch durch eine Entlastung bei den besonders familienunfreundlichen Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer z. B. bei Babynahrung und Kinderkleidung, Energiesteuer etc.). Mehr Rentengerechtigkeit für Familien erfordert eine stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistung der Eltern, z. B. bei der Berechnungsgrundlage der Altersrente, aber auch durch Entlastung bei den laufenden Beiträgen zur Rentenversicherung – Rentenbonus für Familien.

Bisher ist die **gesellschaftliche Anerkennung der Eltern- und Familienarbeit** unzureichend. Deshalb ist sie zu verstärken und in ihrer Bedeutung als Wert schaffende Arbeit zu unterstreichen. Hierzu ist beispielsweise eine Verbesserung beim Bundes- und Landeserziehungsgeld oder die Einführung eines „Erziehungsgehalts“ erforderlich. Keinesfalls darf Letzteres allerdings an einen Verzicht auf Erwerbsarbeit gekoppelt sein und zur Reduzierung anderer familienpolitischer Maßnahmen führen. Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sind nicht nur Verbesserungen beim Erziehungsurlaub (flexible Gestaltung für beide Elternteile bis zum zehnten Lebensjahr der Kinder) anzustreben, sondern auch verbesserte Angebote von Ganztagschulen, familiengerechten Halbtagschulen und Horten.

Nicht zuletzt fordert die Landessynode mehr finanzielle und moralische Unterstützung für die vielen **Familien, die ihre Angehörigen pflegen** und sozial immer noch unzureichend abgesichert sind – immerhin werden etwa 80 % der hilfsbedürftigen alten Menschen in ihren Familien gepflegt. Auch den besonderen finanziellen und psychischen Belastungen durch die Betreuung behinderter Menschen muss Rechnung getragen werden. Hier braucht es zusätzliche Beratungs- und Erholungsangebote für Familien. Ebenso mahnt die Landessynode die kostendecken-

de **Finanzierung der Familienpflege** durch die Kostenträger an. Nur so kann die Grundlage zur Stabilisierung und zum Ausbau der Familienpflege als wichtiges Angebot für Familien erhalten und auch zukünftig sichergestellt werden.

Bei uns lebende **ausländische und Asyl suchende Familien** benötigen wegen ihrer oft harten Lebensumstände besondere Hilfen und Förderung. Sprachkurse für Mütter sind beispielsweise wichtige Hilfen zur Integration.

Vordringlich ist auch eine familienfreundlichere **Wohnungspolitik**: Bezahlbarer, verlässlicher und familiengerechter Lebensraum stabilisiert das Eltern-Kind-Verhältnis und das Zusammenleben zwischen den Generationen. Die Kinderzulage der Wohnungsbauförderung von Bund, Ländern und Kommunen sollte erhöht werden.

III Familie gestaltet die Zukunft der Arbeits- und Lebenswelt

Die Familie ist im Leben der meisten Menschen der erste Ort, wo Zusammenleben erfahren wird. In ihr wird nicht nur der Grundstein für das künftige Miteinander der Geschlechter und Generationen gelegt, sondern auch für die Gewichtung zwischen Erziehungs- und Erwerbsarbeit. Insofern bestimmt die Familie über Arbeits- und Lebensbedingungen mit. Darüber hinaus bereichert sie das nachbarschaftliche Verhältnis vor Ort.

Wir wenden uns an Staat, Wirtschaft und Kommunen

Wir erwarten von Staat, Wirtschaft und Kommunen, dass sie als Arbeitgeber und Kulturträger flexibler auf die Bedürfnisse der Familien reagieren. Viele Elternteile wollen nach wie vor keiner Erwerbsarbeit nachgehen, sondern sich ganz der Familienarbeit widmen. Wir erwarten, dass dieses Familienmodell genauso akzeptiert wird wie andere Formen, und dass **Familienarbeit grundsätzlich aufgewertet** wird. Diese darf allerdings nicht einseitig zu Lasten der Frauen gehen, die bisher den Großteil der Familienarbeit tragen.

Immer mehr Eltern wollen oder müssen allerdings **Familie und Beruf miteinander vereinbaren**. Die beste Voraussetzung für ein gelingendes Familienleben ist die persönliche Identifikation mit der übernommenen Aufgabe. Für viele Menschen gehört der Beruf zu einem wesentlichen Teil ihrer Persönlichkeitsentfaltung. Daher ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine der entscheidenden gesellschaftlichen Herausforderungen. Ihr stehen oft noch mangelnde Betreuungsangebote für die Kinder, aber auch unflexible Arbeitszeitmodelle und alte Rollenklischees in Staat, Kirche und Wirtschaft entgegen. Wir brauchen partnerschaftliche Arbeitsteilung und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen. Die Gesellschaft, insbesondere die Arbeitswelt, favorisiert immer noch ein einseitiges Männerbild. Junge Väter sind starken Rollenkonflikten ausgesetzt, dabei ist ihre Einbeziehung in die Familienarbeit heute in besonderer Weise gefordert. Auch Kirche und Diakonie müssen als Arbeitgeberinnen ihre eigenen Einrichtungen daraufhin kritisch überprüfen.

Mehr Familienfreundlichkeit erfordert konkret unter anderem:

- Mehr Teilzeitstellen auch für qualifizierte Tätigkeiten,
- flexiblere Arbeitszeiten,
- Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntags als Tag des gemeinschaftlichen Lebens,
- gleiche Aufstiegschancen für Teilzeitbeschäftigte,

- betriebseigene Betreuungsangebote für Kinder,
- familienfreundliche Mitgliedsbeiträge von Verbänden und Vereinen,
- günstigere Erholungs- und Freizeitangebote während der Schulferien,
- aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Ausgestaltung ihrer Lebenswelt,
- Anerkennung der aus Familienarbeit gewonnenen Kompetenz (z. B. Teamfähigkeit, Konfliktregelung, Improvisation) als Qualifikationszuwachs bei der Erwerbsarbeit.

Der **Familienpolitik in den Kommunen** kommt eine besondere Bedeutung zu. Eine familienfreundliche soziale Infrastruktur (Kinderbetreuungsplätze, Spiel- und Sportplätze, Jugendzentren, Kultur- und Beratungsangebote für Jung und Alt, Förderung von gemeinnützigem Vereinsleben, adäquate Bauleitplanung etc.) entlastet die Familien und fördert damit gleichzeitig die Attraktivität der Kommune als Wirtschaftsstandort. Ermäßigte Eintrittsgelder und Benutzungsgebühren sowie auch auf andere Kommunen übertragbare Familienpässe für kinderreiche bzw. geringverdienende Familien sind unverzichtbare Ergänzungen. Nicht zuletzt sind im Sinne der Familien vermehrte kommunale Anstrengungen zur Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen mit ergänzenden Kinderbetreuungsangeboten nötig. Für Kommunen ebenso wie für Unternehmen ist ein „Familien-Audit“ (Gütesiegel) anzustreben, um den sich stets wandelnden Anforderungen gewachsen zu sein.

IV Familie gestaltet die Zukunft von Bildung und Kommunikation

Offenheit und Achtung vor dem Anderen, Zeit haben, Zuhören und sich Zuwenden sind Fähigkeiten, die lebenswichtig sind. Diese Fähigkeiten und Tugenden wie Treue, Verlässlichkeit und Toleranz können in der Familie erlebt und erworben werden. Geborgenheit in der Familie, mit der Möglichkeit des Neubeginns, schafft die nötige Stabilität, um mit dem heutigen Anpassungsdruck und mit konsumorientierten Leitbildern kritisch umgehen zu können. Die Familie führt in elementare Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ein. Damit Familien diese in ihnen ruhenden Möglichkeiten entfalten können, brauchen sie Unterstützung.

Wir wenden uns an die Familienberatung und die Bildungseinrichtungen

Wir erwarten von den Bildungs- und Beratungseinrichtungen, in ihren Angeboten zu berücksichtigen, dass gerade in der globalen Medien- und Wissensgesellschaft der Einzelne auf das familiäre Netzwerk angewiesen ist. Unsichere Arbeitsbedingungen beeinträchtigen zunehmend die Bindungsfähigkeit und Identitätsfindung der Familien. Daher müssen die staatlichen und kirchlichen Bildungseinrichtungen verstärkt die **Würde und Verletzlichkeit der Familie** im Auge behalten. Die Landessynode fordert deshalb für die Familie Bildungskonzepte, die personale Bindung gewährleisten und dadurch auch Chancengleichheit für die Schwachen ermöglichen.

Unser Bildungssystem muss grundsätzlich familienfreundlicher gestaltet werden. Die Frage „Berufliche Aus- und Weiterbildung oder Kinder“ darf keine Alternative sein. Vordringlich sind die Angebote in der staatlichen und kirchlichen Familienbildung und -beratung auszubauen, Prävention und gewaltfreie Konfliktlösung als Lerninhalte noch stärker zu akzentuieren. Um der Gewalt unter Jugendlichen vorzubeugen, dürfen sich Staat und Kirche nicht aus der Erziehungsberatung zurückziehen.

Andererseits muss die Schule die erzieherische Verantwortung der Eltern sowohl respektieren als auch einfordern. Schule kann als vertrauensvolle Lebenswelt nur dann gedeihen, wenn die Familie als grundlegende Bildungsinstitution nicht ausfällt. Sie braucht Unterstützung in ihrem Bemühen, etwaige familiäre Defizite auszugleichen. Unterricht und Unterrichtsmaterialien sind immer wieder auf die aktuelle Lebenssituation der Kinder abzustimmen und sollten sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Sozialkompetenz positiv unterstützen. In diesem Zusammenhang haben Schulen und Eltern neue gemeinschaftsbildende Aufgaben erhalten.

Mit Blick auf eine Generationen übergreifende Bildungsarbeit sind neue, offene Konzepte nötig, die der zunehmenden Verzerrung der Generationenfolge Rechnung tragen. Nicht zuletzt müssen die vielfältigen Formen der **Familienselbsthilfe** – z. B. nachbarschaftliche Netzwerke, Treffs für Alleinerziehende oder Frauenhäuser – gerade in unserer individualisierten Gesellschaft vom Staat mehr Anerkennung und Förderung erfahren.

Von den Medien erwarten wir, dass sie ihre Informations- und Bildungsangebote noch stärker auf die Bedürfnisse der Familien abstellen und einen verantwortungsvollen Journalismus pflegen. Kinder- und jugendgerechte Programme müssen auch einen Beitrag zur Entwicklung einer positiven Streitkultur leisten, die auf Offenheit und Kompromissbereitschaft statt auf Konfrontation und Anpassung beruht. Solche Programme dürfen nicht ausschließlich unter kommerziellen Gesichtspunkten gestaltet werden. Die verharmlosende Darstellung von Gewalt in Bild und Sprache sowie die Verletzung der Intimität, zum Beispiel auch im Internet, lehnen wir ab. Eltern und Schule sollten gerade diese Phänomene in der Realität der Medien aufmerksam beobachten und die Kinder und Jugendlichen zu einem kritischen Medienbewusstsein befähigen.

V Familie gestaltet die Zukunft unserer Kirche

Elementare Erfahrungen in der Familie sind oft ausschlaggebend dafür, ob ein Mensch den Weg zum Glauben und zur Kirche findet. Die Familie kann so etwas sein wie die kleinste Form einer Gemeinde: „Wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen“ (Mt. 18,20). So wird die Familie zum Ort der Erfahrung für christlichen Glauben und christliches Leben. Kirchliche Angebote können und sollen die Familie nicht ersetzen, sondern sie in ihren Möglichkeiten unterstützen.

Wir wenden uns an Kirche, Gemeinde und Diakonie

Wir wünschen von Kirche, Gemeinden und Diakonie, dass sie die **Familie noch mehr in den Mittelpunkt** ihres seelsorgerlichen Dienstes und ihrer Bildungs- und Beratungsarbeit rücken. Bei letzterer sind insbesondere präventive Maßnahmen gefordert. Ebenso wichtig ist die Vorbereitung auf die Elternrolle und die seelsorgerliche Begleitung von Mutter/Vater-Kind-Gruppen. Die Angebote von Kirche und Diakonie auf dem Feld der Familienarbeit sollten mehr mit denen der Kirchengemeinden vernetzt, die Familie in ihrer Lebenswirklichkeit stärker wahrgenommen werden. Diese Prioritätensetzung erfordert auch die Bereitstellung finanzieller Mittel.

Eine vernetzte, konzeptionell auf örtliche Bedürfnisse eingehende Familienarbeit muss zum integralen Bestandteil von Gemeinden, Werken, Diensten und Einrichtungen werden. Damit ist gemeint:

- Die Gemeinden sollten weiterhin **Hilfe leisten bei der religiösen Sozialisation** von Familien; sie sollten Eltern bei der christlichen Erziehung ihrer Kinder unterstützen. Das beginnt bereits bei der Vorbereitung auf die Taufe

und setzt sich fort bis zur Konfirmation. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf Familien mit behinderten Kindern zu richten.

- Die Gemeinden sollen die Familien bei der **Bewältigung von Alltagsproblemen** unterstützen. Bei Krisen in den Familien ist in den Gemeinden Aufmerksamkeit, Seelsorge und Beratung gefragt.
- Für konfessionsverschiedene Familien sind verstärkt **ökumenische Seelsorge** und andere ökumenische Angebote anzubieten.
- Die Kirche muss weiterhin Maßnahmen und **Einrichtungen stützen, die Kindern und Jugendlichen, Senioren und Pflegebedürftigen zugute kommen**. Vor einem Rückzug aus diesen Arbeitsbereichen sind Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Trägern (Staat, Kommune, Ökumene) zu prüfen.
- Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche gewinnt der Auftrag evangelischer **Tageseinrichtungen** für Kinder eine immer größer werdende Bedeutung: ganzheitliche, wertorientierte und familienunterstützende Erziehung, Bildung und Beratung werden dort geleistet. Sie sind Teil eines Netzwerks, das insbesondere die Klein- und Teilfamilie stützt.
- Gerade in der pluralistischen Gesellschaft ist die Entwicklung und Einübung christlicher Wertmaßstäbe, wie sie dem Konzept evangelischer **Schulen und Internate** zugrunde liegen, eine profilierte Ergänzung staatlicher Bildungsangebote.
- Die Kirchengemeinden sollten nicht nur ihre **Eltern-Kind-Arbeit** ausbauen, sondern diese auch stärker mit den anderen Angeboten der Gemeinde verknüpfen. Die Gemeinde braucht eine Vielfalt von Veranstaltungsformen, um der Vielfalt der Familienformen gerecht zu werden. Die Teilnahme am Gemeindeleben mag unterschiedlich intensiv sein, die Zusammengehörigkeit aller Gemeindeglieder bleibt davon unberührt. Durch Vernetzung wird vermieden, dass sich Familien, Alleinerziehende oder Singles jeweils in eine randständige Rolle innerhalb des Gemeindelebens gedrängt fühlen.
- Die **Beratungsdienste** für Familien in Krisen und Notsituationen dürfen nicht ausgedünnt werden.
- Jugend- und Altenarbeit sind auch als Teil der Familienarbeit zu begreifen und als solche inhaltlich stärker auf das Miteinander der Generationen zu konzentrieren: Gerade wenn eine Gemeinde bewusst Zielgruppen ins Auge fasst (z. B. Kinder, Jugendliche, Senioren), sollte sie das Augenmerk besonders auf Familien richten und solche Veranstaltungen verstärken, bei denen **Begegnungen über die Generationen hinweg** ermöglicht werden. Gemeindefeste, wie sie fast überall begangen werden, können ausgebaut werden und Anstoß zu weiteren Begegnungen geben. Wir erinnern an die Anregungen aus dem Wettbewerb: „Kinder- und familienfreundliche Gemeinden“ (1995).

Nicht zuletzt sind **Kirche und Diakonie auch als Arbeitgeberinnen** gefragt. Jede ihrer Äußerungen wird daran gemessen, wie sie selbst im Vollzug Familien-, Erwerbs- und ehrenamtliche Arbeit gewichten. Sie übernehmen hier eine gesellschaftspolitische Verantwortung, die weit über die Grenzen der verfassten Kirche hinaus wirkt. Flexible Arbeitszeitgestaltung, Stellenteilung, Aufstiegschancen auch für Teilzeitbeschäftigte sind bereits eingeführt, müssen aber noch weiter ausgebaut werden, um familiengerechte Rahmenbedingungen zu schaffen. Familie braucht solche Rahmenbedingungen, damit Kinder zusammen

mit ihren Eltern im Grundgefühl von Geborgenheit, Sicherheit, Vertrauen und Verlässlichkeit gemeinsam leben können. Familie vermag einer weiteren Vereinzelung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Sie ist ein Zukunftsmodell, weil sie die Chance bietet, gemeinschaftsfähig vor Gott und den Menschen Leben in Staat, Kirche und Gesellschaft zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Unser Dank

Die Synode freut sich über die bereits bestehende erstaunliche Fülle von Aktivitäten in der familienbezogenen Arbeit in Kirche und Diakonie, wie sie in der Broschüre „Kirche lebt mit Familien“ vorgestellt wird. Sie empfiehlt diese Broschüre den Gemeinden zur Orientierungshilfe.

Allen Gemeinden und diakonischen Einrichtungen sei herzlich gedankt für ihren unermüdlichen Einsatz angesichts immer größer werdender Aufgaben. Es wird sehr viel getan für Kinder und Familien. Vieles davon geschieht im Verborgenen, vieles gelingt, anderes scheitert an ausweglosen Situationen. Dies auszuhalten erfordert Kraft, Selbstlosigkeit, Ausdauer und Vertrauen zu Gott.

Unser Dank gilt allen Mitarbeitenden, die in Diakonie und Gemeinde ihren Dienst als Ehren-, Neben- oder Hauptamtliche tun; er gilt auch denen, die – unabhängig von Kirche und Diakonie – in Nachbarschaftshilfe, in spontanem Aufgreifen von Notsituationen dazu beitragen, dass Familien in Krisen begleitet werden, dass ihnen in Schwierigkeiten geholfen wird.

Wir danken allen Verbänden und Gruppen, die sich in der Gesellschaft für ein familienfreundliches Klima einsetzen. Wir danken insbesondere den Politikerinnen und Politikern, die im Rahmen der Gesetzgebung kooperativ mit unserer Kirche zum Wohle der Familien zusammenarbeiten.

Wir freuen uns über alle, die sich der Herausforderung einer Familie stellen und danken denen, die jungen Menschen den Mut vermitteln, selbst eine Familie zu gründen.

Information für die Synode

Am 22. April 2000 feiert **Brasilien** den **500. Jahrestag** seiner „Entdeckung“. Aus diesem Anlass werden überall in Brasilien große Feste vorbereitet. Sie stellen die letzten 500 Jahre als eine reine Erfolgsgeschichte dar. Im Lande gibt es allerdings auch eine Bewegung, die die dunklen Seiten dieser Geschichte ansprechen will. So fand an der Theologischen Hochschule unserer brasilianischen Partnerkirche in São Leopoldo im August vergangenen Jahres ein Seminar statt zu dem Thema: „Die anderen 500 – Protestantismus und der Widerstand der Indios, der Schwarzen und des Volkes.“

Ende 1999 übersandte Kirchenpräsident Huberto Kirchheim (IECLB) der bayerischen Landeskirche einen Vorschlag für ein gemeinsames Wort zu diesen 500 Jahren, das auch die Schattenseite dieser Zeit anspricht und zur Buße auffordert. Er regte an, dass beide Kirchen bei dieser Gelegenheit über den „innerkirchlich gut eingefahrenen Rahmen hinaus“ einmal stärker als internationale Partner an die Öffentlichkeit treten sollten, „indem sie die Geschichte, die Konquista, die Entwicklungs- und Handels-